

**Information zu der Verarbeitung
„KFZ-Zulassungsevidenz gemäß § 47 Abs. 1 KFG“
gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)**

Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Landespolizeidirektion Oberösterreich
Gruberstraße 35
4021 Linz
Telefon: +43-59133-400
Fax: +43-59133-407800
E-Mail: LPD-O@polizei.gv.at

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Herrengasse 7, 1010 Wien
Telefon: +43 1 53126-0
E-Mail: lpd-datenschutzbeauftragter@polizei.gv.at

Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

Evidenz von Zulassungsdaten und Antragstellern auf Wunschkennzeichen.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

§ 47 Abs. 1 KFG 1967 idgF, KDV 1967 idgF

Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden:

Gemäß § 47 Abs. 1 KFG erfolgt die Löschung der Daten sieben Jahre ab Abmeldung, Aufheben oder Erlöschen der Zulassung des Fahrzeuges

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Bezirkshauptmannschaften, Landespolizeidirektionen und andere Zulassungsstellen; Bundesministerium für Inneres für die zentrale Evidenz für Kraftfahrzeuge; Bundesanstalt „Statistik Österreich“; Militärkommanden; gesetzliche Interessenvertretungen zwecks Einhaltung gewerberechtlicher Vorschriften; Haftpflichtversicherer im EU-Raum, dessen Versicherungsbestätigung der Behörde vorgelegt worden ist; Privatpersonen, die ein rechtliches Interesse glaubhaft machen, auf Anfrage; Stammzahlenregisterbehörde im Rahmen ihrer Befugnisse nach dem E-Government-Gesetz; der Bundesminister für Inneres als Auftragsverarbeiter; Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs; IBM Österreich - Internationale Büromaschinen Gesellschaft m.b.H.; Microsoft Österreich GmbH; Bundesrechenzentrum GmbH; Österreichischen Staatsdruckerei GmbH

Rechte der betroffenen Person:

Ein Beschwerderecht bei der Österreichischen Datenschutzbehörde (1030 Wien, Barichgasse 40-42, Telefon: +43 1 52 152-0, E-Mail: dsb@dsb.gv.at) besteht nach Maßgabe des § 32 Abs. 1 Z 4 Datenschutzgesetz.

Das Auskunftsrecht besteht nach Maßgabe des Art. 15 DSGVO.

Das Recht auf Berichtigung besteht nach Maßgabe des Art. 16 DSGVO.

Das Recht auf Löschung besteht nach Maßgabe des Art. 17 DSGVO.

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung besteht nach Maßgabe Art. 18 DSGVO.

Das Widerspruchsrecht besteht nach Maßgabe gemäß Art. 21 DSGVO.